

Ein Parlament für Sorben und Wenden

Sorben und Wenden sollen mehr Mitspracherecht bekommen, die Initiativegruppe »Serbski Sejm« will sie daher an die Wahlurne holen.

VON LAURA JAKOB
UND TONY KEIL

LAUSITZ. Im kommenden Jahr soll die erste demokratisch legitimierte Volksvertretung für Sorben und Wenden gewählt werden. Das neue Parlament, »Serbski Sejm«, will sich für das Volk der Sorben und Wenden stark machen. »Es ist die Folge von gesellschaftlicher Nichtanerkennung, das die Sorbische Sprache und Kultur so schnell verschwindet«, so Martin Walde, Sprecher der Initiative in der Oberlausitz.

Das Volk der Sorben musste seine Sprache vergessen und seine Kultur anpassen. Sie haben zu öffentlichen höheren Ämtern des Staates keinen Zugang, es sei denn, sie wechseln



Hartmut S. Leipner, Andreas Kluge und Martin Schneider sind Mitglieder der Initiative »Serbski Sejm«.
Foto: Laura Jakob

zum deutschen über. Viele sorbische Lehrer werden in Schulen nicht eingesetzt. Dafür, dass dies alles geändert wird, will sich die »Serbski Sejm« stark machen. 24 ehrenamtlich arbeitende Mitglieder sollen dem Gremium angehören, welche allein von den Bürgern, die sich als Sorbe und Wende bekennen, gewählt werden. Die Kandidaten können Vereine, kirchliche Verbände und Organisationen vorschlagen. Jeder Wähler muss sich in eine Liste eintragen. Die Wahl soll per Briefwahl erfolgen,

die von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern beaufsichtigt wird.

Um die Wahl abzusichern, hat die »Serbski Sejm« einen Antrag über 350 000 Euro bei der Stiftung für das sorbische Volk beantragt, welche voraussichtlich im November darüber entscheiden wird.

Unterstützung in der Politik

Einer, der die Initiative unterstützt, ist Linken-Politiker Heiko Kosel. Laut Rechtsdefinition des Übereinkommens 169 der

Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer UN-Organisation, haben die Sorben als eigenständiges indigenes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung innerhalb des Staates.

»Zur Sicherung gleichberechtigter Teilhabe für die Sorben sind die Bundesländer Sachsen und Brandenburg sowie der Bund in der Pflicht, die rechtliche und faktische Absicherung der aktuell vorbereiteten Wahl einer demokratisch legitimierten Volksvertretung zu unterstützen«, erklärt Heiko Kosel auf seiner Website.